

# MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XX. Jahrgang, Nr. 6

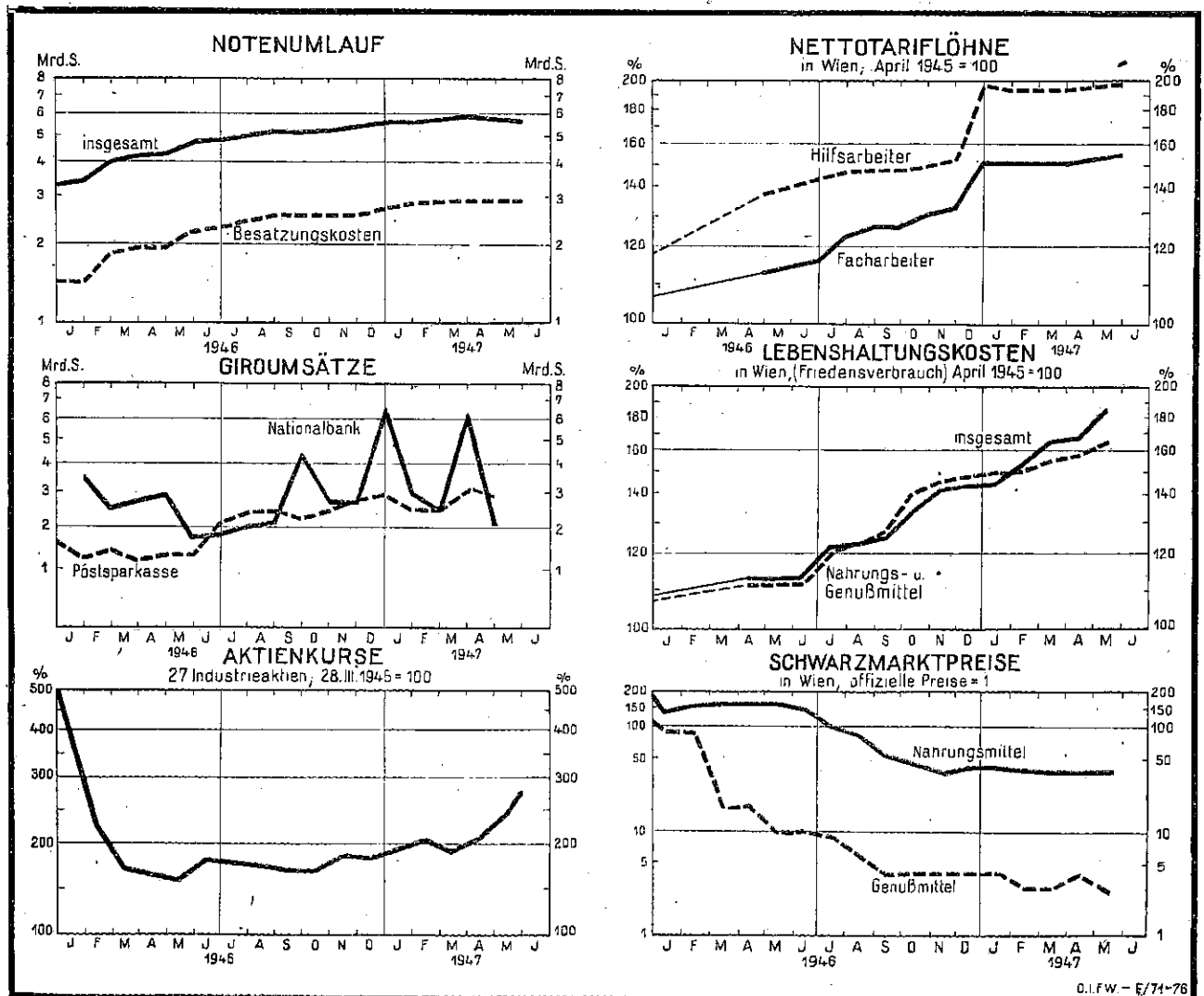
Abgeschlossen am 15. Juni 1947

## Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Mit dem Wiederanlaufen der Produktion traten die Probleme der *Lohn-, Preis- und Währungs-*politik wieder stärker in den Vordergrund. Es wird immer deutlicher, daß auch die „gelenkte“ Preis- und Lohndynamik bisher keineswegs die Spannungen im Preis- und Lohngefüge auszu-

gleichen vermochte und daß die Lenkung die wirtschaftsschädlichen Auswirkungen einer stärkeren Aufwärtsbewegung der Preise und Löhne nur abschwächen, aber nicht beseitigen kann. Diese Preis- und Lohndynamik ist nichts anderes als eine Flucht in die Fiktion und die Negierung der Tatsache der

### Zur Entwicklung der Währung der Preise und Löhne (Logarithmischer Maßstab)



O.I.F.W. - E/74-76

gegenwärtigen Mangelwirtschaft, die eine Verminderung der Nominaleinkommen entsprechend dem gesunkenen Realeinkommen erfordert.

Die Voraussetzung der Dynamik ist ein überdimensioniertes und bis vor kurzem noch größer werdendes Geldvolumen, in das die Preise hineinwachsen, wodurch Einkommensverschiebungen und wirtschaftliche Fehlentwicklungen auftreten, die schließlich die Gefahr einer zügellosen Inflation oder bei entschlossenem Festhalten an einem bestimmten Geldvolumen nach dessen Ausfüllung eine Deflationskrise heraufbeschwören. Die Erkenntnis, daß die gegenwärtige unbefriedigende Lage auf dem Gebiet der Preise, der Löhne und der Währung neben den Produktionsengpässen ein wesentliches Hindernis für die Entfaltung der Produktion und die Steigerung der Produktivität der Wirtschaft ist, hat in letzter Zeit immer mehr zu der Forderung nach einer grundsätzlichen Neuregelung der Lohn- und Preispolitik und damit zur Forderung nach einer Währungsordnung geführt.

#### Am Beginn einer neuen Preis- und Lohnwelle

Inzwischen sind neue Preis- und Lohnerhöhungen genehmigt worden und zum Teil bereits in Kraft getreten. Während anfangs 1947 im wesentlichen nur die Preise in den Finalindustrien erhöht wurden und meist nur bisher stärker zurückgebliebene Preise — wie die Tarife der Versorgungsbetriebe und der Straßenbahnen sowie die Handelspreisen — nachgezogen wurden, setzte anfangs Mai eine neue bedeutende Preiserhöhungswelle ein, die von den Urprodukten ihren Ausgang nahm. Mitte Mai wurden die Preise für Nutzholz um 35 % (ab Waldablage) und die Preise für Brennholz um 55 % erhöht. Eine entsprechende Erhöhung der Schnittholzpreise wurde bereits genehmigt. Die Preise für Zellwolle stiegen um 33 % und die für Aluminium um 119 %, und erreichten damit 389 % bzw. 276 % der Stopppreise. Auch die Baustoffpreise wurden vor Anlaufen der Bausaison zum Teil beträchtlich erhöht. So stieg der Ziegelpreis in Wien auf 157 S je tausend Stück Mauerziegel (413 % des Stopp-preises und 453 % des Preises von 1938).

Besonders schwerwiegend wird sich die bevorstehende Erhöhung für *landwirtschaftliche Produkte* auswirken. Die letzte Preisregelung erfolgte im Sommer vorigen Jahres und legte ein Agrarpreinsniveau fest, das für pflanzliche Produkte 167 % und für tierische Produkte 206 % des Jahres 1937 betrug. Durch die seither eingetretenen Preissteigerungen der industriellen Erzeugnisse ist eine beträchtliche Preisschere zu ungunsten der land-

wirtschaftlichen Erzeugnisse entstanden, die nunmehr durch neue landwirtschaftliche Preise zumindest zum Teil geschlossen werden soll. Für tierische Produkte wurde bereits eine durchschnittliche Preiserhöhung von 42 %<sup>1)</sup> genehmigt<sup>1)</sup>, nachdem bereits seit April der Landwirtschaft Zuschüsse für Fleisch von 1 S per Kilogramm gewährt wurden. Die Preiserhöhungen für pflanzliche Produkte, die praktisch erst nach der neuen Ernte zur Auswirkung kommen werden, stehen bevor.

Parallel mit der Preisentwicklung setzte eine neue *Lohnerhöhungswelle* ein. Der Tariflohnindex für Wien ist zwar auch im Mai nur unwesentlich gestiegen und liegt mit 171 (April 1945 = 100) nur um 12 Punkte höher als zu Jahresbeginn. Es wurde jedoch bereits eine Reihe von neuen, zum Teil beträchtlichen Lohnerhöhungen vereinbart, die zum Teil auch schon von der Zentrallohnkommission genehmigt, aber noch nicht im Index aufgenommen wurden, da die Einspruchsfrist der Alliierten noch nicht abgelaufen ist. Den Angestellten der gewerblichen Wirtschaft wurden im Laufe des I. Quartals 1947 Teuerungszulagen bis zu 70 S pro Monat gewährt; nunmehr fordern auch die öffentlichen Bediensteten Gehaltszulagen. Bis zu einer endgültigen Neuregelung wurde ihnen vorläufig eine einmalige Entschädigung von 100 S zugestanden.

Die bevorstehende Erhöhung der Agrarpreise wird, insbesondere soweit sie pflanzliche Produkte betrifft, die *Lebenshaltungskosten* bedeutend verteuern. Es wird daher in nächster Zeit wohl mit neuen Lohnforderungen zu rechnen sein, die aber in einigen Zweigen bereits auf einen stärkeren Widerstand der Unternehmer stoßen werden, da die Preise der Exportindustrien über die Weltmarktpreise hinauszuwachsen drohen. Durch den bestehenden Wechselkurs wurde daher erstmalig der Preis- und Lohndynamik eine Schranke gesetzt. Sie ist allerdings in den meisten Industrien nicht sehr wirksam, da die Unternehmer infolge der überdimensionierten Geldmenge mit ihren ursprünglich für den Export bestimmten Erzeugnissen auf den Inlandsmarkt ausweichen können.

#### Versuchsweise Freigabe von Preisen

Die seit Monaten geführten Diskussionen über die Unzulänglichkeit des bisherigen Bewirtschaftungssystems und über die Vor- und Nachteile eines „grauen Marktes“ waren wahrscheinlich für die Entscheidung mitbestimmend, die heurige Kir-

<sup>1)</sup> Die Zustimmung der Alliierten steht zur Zeit noch aus.

schen- und Ananasernte nicht mehr zu bewirtschaften, sondern die Verteilung durch die freie Preisbildung vornehmen zu lassen. Der Versuch schien insofern kein allzugroßes Risiko darzustellen, als die in Frage kommenden Frühobstsorten nicht zu den unbedingt lebensnotwendigen Gütern gehören und die vorjährige Obstbewirtschaftung trotz einer Rekordernte nicht einmal den Jugendlichen in den Städten eine bescheidene Obstzuteilung sicherte.

Die Freigabe der Kirschen hat zweifellos zu einer verhältnismäßig reichlichen Beschickung des Wiener Marktes geführt. Allein bis Mitte Juni wurden rund 1200 t Kirschen nach Wien gebracht, gegenüber nur 136 t im Vorjahr bei einer besseren Ernte. Bemerkenswert ist, daß trotz des relativ großen Angebotes nach wie vor außerordentlich hohe Preise (für Kirschen 12 bis 15 S je kg) verlangt und bezahlt werden. Der freie Kirschenpreis ist damit 12- bis 14mal höher als im Jahre 1938, was ziemlich genau der Überhöhung der freien Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum entspricht. Demgegenüber sind die gebundenen Preise für Nahrungsmittel erst um rund 100% gegenüber 1938 gestiegen. Die relative Überhöhung der Preise für Kirschen, die in der Dringlichkeitskala weit hinter anderen Existenzbedürfnissen zurückstehen, beweist jedenfalls, daß der Preisanstrieb der gebundenen Preise von der Nachfrageseite her noch außerordentlich groß ist und daß angesichts des bestehenden Geldüberganges die Freigabe wichtiger Bedarfsgüter ein äußerst gefährliches Experiment darstellen würde.

#### Beunruhigung der Bevölkerung durch Gerüchte über bevorstehende Währungsmaßnahmen

Gerüchte über bevorstehende *Währungsmaßnahmen* haben schon im Laufe des Mai zu einer Beunruhigung der Bevölkerung geführt. Alle Erscheinungen, die bereits für die aufwärtsstrebende Preis- und Lohndynamik charakteristisch waren, wie erhöhte Verbrauchsneigung der Bevölkerung, mangelnder Sparwille infolge Angst vor weiterer Geldentwertung, eine allgemeine Flucht in die Sachwerte, die sich insbesondere in der Wirtschaft durch Anhäufen von Warenbeständen zeigte, verstärkten sich in den letzten Wochen. Diese Entwicklung läßt sich an einer Reihe von Symptomen verfolgen, obwohl statistische Belege nur spärlich vorliegen, da nur wenige freie Märkte bestehen und die Preisnotierungen über den schwarzen Markt vielfach nur unvollständig sind.

Am deutlichsten ist ein Anzeichen der Preise auf dem Effektenmarkt zu beobachten, wo der

*Aktienindex* von Mitte April bis Ende Mai von 207·8 auf 275·6, also um 33% stieg<sup>1)</sup>, obwohl die Preisbildung an der Wiener Börse keineswegs nach den Spielregeln eines vollständigen Marktes vor sich geht.

Auch die *Schwarzmarktpreise* für Devisen erhöhten sich beträchtlich. Im Wiener Dorotheum stiegen im Mai der Silberpreis von 12·5 (1938 = 1) auf 15 und der Goldpreis nach einem vorübergehenden Rückgang um die Monatsmitte von 25·2 auf 30·2. Bemerkenswerter Weise lassen sich bei den Schwarzmarktpreisen für Lebensmittel keine Preiserhöhungen feststellen. Dies ist z. T. auf die mangelhafte Reagibilität dieser Preise zurückzuführen, da die Nachfrage auf diesem Markt zum Großteil durch Einkommenschichten bestimmt wird, die kaum über größere Bargeldreserven für spekulative Zwecke verfügen. Eine bedeutende Erhöhung der Zigarettenpreise auf dem schwarzen Markt anfangs Juni ist im wesentlichen auf Einstellung des Zugverkehrs nach Ungarn zurückzuführen. Demgegenüber beruht der akute Kleingeldmangel zweifellos auf dem Horten von Münzen für spekulative Zwecke.

#### Weiterer Rückgang des Notenumlaufes

Der bereits im April beobachtete Rückgang des *Notenumlaufes* setzte sich im Mai verstärkt fort. Der Notenumlauf war Ende Mai um 189 Mill. S tiefer als zu Monatsbeginn und liegt damit nur mehr um 50 Mill. S höher als Ende 1946. Dieser Rückgang ist um so bemerkenswerter, als im gleichen Zeitraum sowohl die gebundenen offiziellen Preise und Löhne als auch zumindest z. T. die freien Preise und die Preise des schwarzen Marktes anstiegen. Die Ursachen für die Verminderung des Notenumlaufes lassen sich quantitativ noch nicht genau bestimmen. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei, daß im zweiten Quartal 1947 noch keine Besatzungskosten verausgabt wurden. Da jedoch die Entwicklung der Scheck- und Spareinlagen bei den Kreditinstituten in diesem Zeitraum noch nicht bekannt ist, läßt sich noch nicht aussagen, ob die Verminderung des Bargeldes nur eine Umwandlung von Bargeld in Bankguthaben war und sich das in der Wirtschaft verfügbare Geldvolumen nicht verringert hat, oder ob die Sühneabgabe sowie die laufende Kaufkraftsterilisierung durch den Verkauf der UNRRA-Waren quantitativ entscheidend für die Umlaufverminderung waren.

<sup>1)</sup> Allerdings dürften diese Kurssteigerungen z. T. auch auf die Wiederbelebung der Produktion und die Erhöhung der offiziellen Preise zurückzuführen sein.

### Nur geringer Fortschritt der gewerblichen Produktion im Mai — Anblasen des Hochofens in Linz Mitte Juni

Neben den finanziellen Schwierigkeiten steht nach wie vor die Sorge um die *Steigerung der Produktion*, die unabhängig von allfälligen monetären Maßnahmen mit eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Währungsstabilisierung ist. Die *Kohlenversorgung* der Industrie war im Mai mit 119.800 t etwas höher als im April, da vor allem die Ruhrkohlenlieferungen, bei denen außerdem die Sortenfrage befriedigend gelöst werden konnte, mit 106.800 t die des Vormonates bedeutend überstiegen. Dennoch reichten die zugeteilten Mengen bei weitem nicht an den Minimalbedarf heran. Die *Versorgung mit elektrischer Energie* hat sich demgegenüber im Mai sogar verschlechtert und viele Betriebe waren zur Umstellung auf Nacharbeit gezwungen. So hielt sich auch im Mai die Erhöhung der industriellen Produktion im allgemeinen in engen Grenzen und erfüllte keineswegs die Erwartung, die vielfach im vergangenen Winter für die Produktionssteigerungen des Jahres 1947 gehegt wurden. Die Produktion erholte sich vor allem in der eisenschaffenden Industrie, in einigen Zweigen der Eisen- und Metallwarenindustrie, in der Papier-

industrie, der Schubindustrie und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, wo die Marmeladenherzeugung durch Zuweisung von bulgarischen Traubenkonzentraten und die Margarineherzeugung durch Verarbeitung des von der UNRRA gelieferten Kopra aufgenommen wurde. Besonders empfindlich für die gesamte eisenverarbeitende Industrie wirkt sich die äußerst geringe Produktion der Eisengießereien aus, deren Erzeugung infolge Mangels an Gießereirohisen stark eingeschränkt ist. Auch in der Baustoffindustrie sind trotz der vorgerückten Jahreszeit erst wenige Betriebe angelaufen.

Einen erfreulichen Fortschritt in der Entwicklung der industriellen Produktion bedeutet das *Anblasen des Hochofens in Linz* am 14. Juni. Dadurch wird nicht nur eine monatliche Roheisenerzeugung von 15.000 bis 18.000 t zur Erfüllung des Schwedengeschäftes ermöglicht, sondern es fällt auch eine Reihe von Nebenprodukten an, wie Teer und vor allem Koksgas für die Linzer Stickstoffwerke. Die weitere Entwicklung der Industrie hängt wesentlich davon ab, ob die gegenwärtigen Bemühungen um einen Kohlenkredit bzw. die sonstigen Verhandlungen über Kompensationslieferungen gegen Kohle erfolgreich sein werden.

## Die wirtschaftliche Lage in Kärnten

Die Wirtschaft Kärntens wird neben den allgemeinen, in ganz Österreich wirkenden wirtschaftsbehindernden Faktoren vor allem durch die Unsicherheit über das zukünftige staatsrechtliche Schicksal des Landes wegen der noch immer nicht endgültig abgewiesenen Gebietsforderungen Jugoslawiens gehemmt. Diese Forderungen betreffen die wirtschaftlich bedeutendsten Teile Kärntens, die nicht nur die wichtigsten Industrien und die für ganz Österreich unentbehrlichen Wasserkraftwerke an der Drau, sondern auch die entscheidenden Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion umfassen. Abgesehen von der verkehrsmäßigen Zerstückelung des Landes, würde Kärnten nach einer solchen Abtrennung auch seinen inneren wirtschaftlichen Zusammenhang verlieren und könnte kaum als selbständiges Bundesland bestehen bleiben. Die wirtschaftlichen Verluste würden sich aber darüber hinaus auf das Gefüge der ganzen österreichischen Wirtschaft außerordentlich störend auswirken. Die Erhaltung der wirtschaftlichen und damit auch der politischen Einheit Kärntens ist daher nicht nur die Lebensfrage dieses einen Bundeslandes, sondern eine integrale Notwendigkeit für ganz Österreich.

Die wirtschaftliche *Struktur* ist durch den Krieg nicht wesentlich verändert worden. Fast die Hälfte der Berufsträger (48,8%) gehört der Land- und Forstwirtschaft an und nur 27% dem Gewerbe und der Industrie. Kärnten weist damit etwa die gleiche wirtschaftliche Struktur auf wie die Steiermark und Oberösterreich (vor dem Kriege), weicht aber gegenüber dem österreichischen Durchschnitt (32,7% Land- und Forstwirtschaft, 34,5% Gewerbe und Industrie) stark ab.

In der Landwirtschaft ist ein großer Teil der Betriebe so klein, daß ihr Ertrag nicht zur Deckung des Lebensunterhaltes der Besitzer ausreicht und diese vielfach gezwungen sind, in der Industrie und in der Forstwirtschaft (welche in der Hauptsache aus Großbetrieben besteht) einen Nebenerwerb zu suchen.

Kärnten gehörte bereits vor 1938 zu jenen Bundesländern, in denen das Verhältnis zwischen *Löhnen* und *Preisen* weit ungünstiger lag als im österreichischen Durchschnitt. Die Löhne in den wichtigsten Industriezweigen lagen immer erheblich, zum Teil bis zu 45%, unter den Löhnen in Wien, während das Preisniveau teilweise sogar höher war.